

Wenig Hoffnung auf Einigung

Etwas deutlicher sagte es der Europa-Korrespondent von „The Christian Century“ (4.8.71), Tr. Beeson. Sein Nachruf auf die Generalsynode von York mit dem düsteren Abstimmungsergebnis zum Unionsschema und den schlechten finanziellen Aussichten für eine kirchliche Zentralverwaltung nötigte ihn zu dem Urteil, auf dieser Generalsynode seien die *Kräfte der Zerstörung* am Werk gewesen. Der zerbrechliche Charakter der Kirche von England sei deutlich geworden. Die internen Richtungskämpfe zwischen Anglikanern, Evangelischen und Liberalen erweisen sich als unüberbrückbar. Die Sache sei um so schlimmer, als die Initiative zu Gesprächen mit den Methodisten von der Kirche von England ausgegangen sei. Es besage wenig, daß die Generalsynode zahlreiche offensichtliche Torpedierungsanträge niedergestimmt habe. Daß überhaupt die Opposition so virulent sei, wecke schlimme Befürchtungen. Woher nehme man die Hoffnung, daß die definitive Abstimmung im kommenden Jahre anders ausfallen werde? Das Ärgste aber sei der völ-

lige Mangel an theologischer und ökumenischer Bildung unter den Synodalen; ja es bestehe nicht einmal Interesse für die ökumenische Lage. Man müsse für die Zukunft der Kirche von England, die die Methodisten ebenso brauche wie diese die Kirche von England, schwarzsehen. Es sei denn, man entschlöße sich dazu, der neuen Form einer synodalen Regierung der Kirche theologische Konsultoren und Beobachter beizugeben, damit die Ansprachen in den ökumenischen Rahmen passen und auf der Höhe der Theologie sind. Das alles geschah auf dem Campus der Universität von York, die durch ihre kulturellen Leistungen hervorrage. „The Christian Century“ meinte es noch nie gut mit der englischen Staatskirche, aber eine derartige Kritik konnte man schon lange nicht mehr darin lesen. Kein Wunder, wenn die Methodisten andere Wege gehen. Daß unter diesen Umständen eine internationale anglikanische Kommission Ende Juli 1971 eine ganze Woche Gespräche mit der *Orthodoxen Kirche* führte, gehört zu den vielen Möglichkeiten, die sich die Kirche von England offenläßt.

blöcke und trat feindlich gegen die sozialistischen Länder auf. Auch der Weltkirchenrat beteiligte sich nach Hruza an der Politik des Kalten Krieges. Die Politik beider „entsprach den Interessen des internationalen Imperialismus“. So analysiert Hruza die religiöse und kirchenpolitische Entwicklung des ersten Jahrzehnts nach 1945.

Eine späte Abrechnung

Auf dem so gezeichneten Hintergrund wendet er sich der Situation in der ČSSR selbst zu. Hier haben es ihm „äußerst extreme und führende Kräfte des politischen Klerikalismus“ angetan, die mit der tschechischen Emigration eine Änderung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der ČSSR herbeizuführen bemüht waren. Damit dienten sie wiederum den Plänen einer internationalen Reaktion, die eine Abspaltung der ČSSR vom sozialistischen Lager erstrebten. Dabei suchten ein Teil der „ideologisch und politisch labilen Intelligenz und einige desorientierte Mitglieder der Partei“ sich der Kirchen zur Humanisierung der sozialistischen Gesellschaft zu bedienen. In letzter Zeit jedoch ist die Politik des Vatikans und des Weltkirchenrates nach dem Urteil Hruzas vorsichtiger, aber auch heimtückischer geworden.

Aufschlußreich und sicher ungewollt ist Hruzas Geständnis, daß Kirche und Glauben in den letzten Jahren vor der Dubček-Ara gerade unter der tschechischen Intelligenz Ansehen erhalten und Anhänger gefunden haben, wovon auch das Gespräch zwischen Christen und Marxisten 1967 in Marienbad zeugt (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 276 ff.), das auf tschechischer Seite vom Soziologischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag veranstaltet wurde, wenn auch gegen den Widerstand der Parteiideologen Polens, der DDR und Sowjetrußlands. Wenn nun Hruza bemängelt, daß es in Marienbad zu keiner Auseinandersetzung der Marxisten mit den Christen gekommen sei, so übergeht er seine eigene Anwesenheit und sein eigenes Schweigen. Ähnlich beurteilt Hruza auch die antisozialistische Tätigkeit der evangelischen Christen, die sich zu einer „Neuen Orientierung“ bekannt hatten. Namentlich werden einige Mitglieder der KPČ ange-

Antikirchliche Kampagne aus Prag

Ein Beitrag des Leiters des Sekretariates für kirchliche Angelegenheiten, einer Abteilung des Kultur- und Informationsministeriums in Prag, Karol Hruza, in einer Moskauer Schriftenreihe (Religion und ideologische Kampf in der Tschechoslowakei, Znanie. Serija estestvoznania i religija 5/1970) hat in katholischen Publikationen der letzten Wochen eine publicity gewonnen, die weder der Inhalt dieser Veröffentlichung verdient noch dem Verfasser gebührt, denn die Ausführungen Hruzas bringen in der Sache nichts Neues. Hruza gibt hier nur einen sehr subjektiv gefärbten Überblick über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in der ČSSR nach dem August 1968; vor allem bemüht er sich, die neuerlichen, aber doch vor der Öffentlichkeit getarnten Unterdrückungsmaßnahmen gegen das kirchliche Leben mit einer antisozialistischen Haltung der Kirche und ihrer Hierarchie zu rechtfertigen. Auffallend sind die direkten Angriffe und offenen Beschuldigungen gegen den

Heiligen Stuhl und gegen den Weltkirchenrat.

Hruza holt weit aus. Er beginnt beim Ende des Zweiten Weltkrieges, der „in einigen Ländern, insbesondere in der Bundesrepublik, in Italien und Österreich“ ein ideologisches Vakuum hinterließ, das nun aufgefüllt werden mußte. Weil „in den Ländern des Westens“ der ideologische und politische Einfluß des Marxismus und der kommunistischen Partei wuchs, wurde „die religiöse Ideologie“ als Gegengewicht herangezogen. Damit erhielt nach Hruza das Christentum, insbesondere der Katholizismus, eine bedeutende Rolle in den Auseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

In der Zeit des Kalten Krieges dienten der „Vatikan“ und der Weltkirchenrat den politischen Interessen der imperialistischen Bourgeoisie. „Der Vatikan stand überall in den ersten Reihen des politischen und ideologischen Kampfes gegen den Kommunismus, er nahm teil an der Organisation der politischen Militär-

prangert, weil sie diese subversive Strömung in der ČSSR aktiv unterstützt haben; es sind die Parteimitglieder *M. Machovec*, *I. Svitak*, *V. Gardavský* und *E. Kadlecová*. Ihre Zentren hatte diese Bewegung in den Augen Hrůzas in der Philosophischen Fakultät der Prager Karlsuniversität, in der Evangelischen Komenius-Fakultät in Prag und im Soziologischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften. Nur in der Slowakei sei es Partei und Staat gelungen, einen Dialog zwischen Marxisten und Christen zu verhindern. Nach den Ereignissen des Januar 1968 (Sitzung des ZK der KPČ und innerparteilicher Veränderungen) stört Hrůza eine von ihm eingestandene Zunahme des kirchlich-religiösen Lebens unter den Bürgern der ČSSR, insbesondere die damals durchgeführte Unterschriften-Aktion, die echte religiöse Freiheiten zu erreichen sich bemühte. Ungenau setzt Hrůza die Gründung des Werkes konziliarer Erneuerung (DKO) jetzt schon an. Auch die katholische Emigration wird in diesem Zusammenhang wiederum angegriffen. Hrůza kann es auch nicht unterlassen, die „Verdienste“ der Friedensbewegung der katholischen Geistlichkeit in der ČSSR, die im Frühjahr 1968 liquidiert wurde, trotz einiger „Unvollkommenheiten“ gebührend hervorzuheben und ihre führenden Männer Plojhar, Lukačovič und Beneš in Schutz zu nehmen. Diese verloren damals ihren ganzen Einfluß, dies sei aber nur „nach den Weisungen des Vatikans und der vatikanischen Emigration“ erfolgt.

Vorwürfe nach innen und außen

Hrůza versäumt es dann auch nicht, auf die jetzt stark vermehrten Auflagen der beiden Katholischen Zeitungen, der tschechischen in Prag und der slowakischen in Preßburg, hinzuweisen, nachdem die Drosselung der Papierzuteilung aufgehört hatte und die Schriftleitung, die bisher in den Händen aktiver Männer der Friedensbewegung lag, von anderen Kräften übernommen worden war. Die in dem Moskauer Artikel angeführten Zahlen der Auflagenhöhen in den Jahren 1966 und 1969 (31 000 zu 170 000 und 42 000 zu 125 000) dürften richtig sein. Verschwiegen werden jedoch die wirklichen Ursachen: neben der Drosselung der Papierzuteilung der Inhalt

dieser „Katholischen Zeitungen“, die nichts anderes waren als ein Sprachrohr der regimehörigen Friedensbewegung. Richtig ist Hrůzas Hinweis auf die Herausgabe eines katholischen Katechismus mit Hilfe einer Spende des katholischen Auslandes (Caritas Internationalis in Rom). Verschwiegen wird jedoch die Tatsache, daß die Prager Regierung sich selbst angeboten hatte, diesen Katechismus in einer tschechoslowakischen und in einer von der KPČ kontrollierten Druckerei herstellen zu lassen — gegen Bezahlung aus westlicher Währung.

Angeprangert wird in Hrůzas Artikel die Tatsache, daß selbst in der kommunistischen Presse „manche Grundprobleme“ der Beziehungen zwischen Kirche und Staat erörtert und daß selbst „in der Partei-, Gewerkschafts- und Jugendpresse . . . Beiträge gegen die Grundprinzipien der Partei- und Staatspolitik in ihrer Haltung zu Kirche und Religion“ erschienen sind. Er beanstandet, daß die Bischöfe *Tomášek*, *Trochta* und *Necsey* in Funk und Fernsehen sich äußern durften.

Selbstverständlich sind für Hrůza „organisatorische Zentren im Ausland“ die treibenden Kräfte, die „einen Teil der antikommunistischen Front unter einer Leitung“ darstellen, zu der sich verschiedene Gemeinschaften, wissenschaftliche Anstalten, Forschungsinstitute und Klöster zusammengefunden haben. Diese seien bemüht, den Rechtsextremisten im Kampf gegen die sozialistische Ordnung in der ČSSR beizustehen; Staat und Partei seien nicht in der Lage gewesen, dies zu verhindern; das Kirchensekretariat selbst habe dazu beigetragen.

Sehr schlecht kommt bei Hrůza „die kirchliche Emigration“ weg, ohne daß darüber nähere Angaben gemacht werden. Namentlich werden die in Rom erscheinende Zeitschrift „*Nový život*“ (Neues Leben) angeführt und die Christliche Akademie in Rom, eine Institution tschechischer Katholiken, der die Verteilung religiöser Literatur in tschechischer Sprache zur Last gelegt wird. In der Teilnahme tschechischer Katholiken an den großen Mittwoch-Audienzen in St. Peter in Rom, bei denen der Papst einzelne Gruppen begrüßt und wo gerade die Tschechen von den anwesenden Pilgern mit besonderem Applaus bedacht werden, sieht Hrůza eine „antitschechoslowakische Demon-

stration“, die gleichfalls auf das Konto der Christlichen Akademie geht. Daß das „Zentrum Königstein“ mißliebiger ist, ist nicht neu; jetzt kommt noch ein Verlag in Lausanne (M. R. Kern) hinzu und in Rom die slowakische katholische Einrichtung „*Velehrad*“ mit angeblichen Filialen in Wien, München, Linz und in anderen Städten. Der „Aktion 365“ wirft Hrůza antisozialistische Propaganda unter den tschechischen Arbeitern und Spionage vor; Mitglieder dieser „Aktion 365“ hätten sich insbesondere für die sowjetrussischen Truppen in der ČSSR interessiert. Ebenso wird das Vorhaben des Weltkirchenrates verdammt, in Prag ein eigenes Gebäude zu errichten, denn damit sollte der ideologische Kampf gegen die Länder des Sozialismus nur intensiviert werden. Der Artikel schließt mit der zuversichtlichen Bemerkung, daß nun die Plattform geschaffen sei, um gegen die reaktionäre Politik der Kirchen vorgehen zu können. „Diese Arbeit ist ziemlich kompliziert, aber wir hoffen, daß wir auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Lehre diese Probleme so lösen werden, daß die Kirche keine Möglichkeit mehr haben wird, die Gefühle der Gläubigen für reaktionäre politische Ziele zu mißbrauchen“.

Rückkehr der Vergangenheit

Hrůzas Ausführungen enthalten nur Bekanntes, und das in einer oberflächlichen, äußerst lückenhaften und sehr einseitigen Darstellung. Die Tendenzen einer Rechtfertigung sind deutlich sichtbar. Sie mögen den Lesern dieser Moskauer Propagandaschrift als „Schulungsmaterial“ dienen, ernst zu nehmen sind sie nicht. Hier sei nur kurz vermerkt, daß der Prager Kirchenpolitiker zwei Tatsachen übersieht, die auf die ganze Entwicklung in der ČSSR während der Jahre bis 1968 ein anderes Licht werfen. Zunächst sei daran erinnert, daß der erste Anstoß zu einer innerparteilichen Systemänderung aus den obersten Gremien der KPČ selbst, und zwar inspiriert von Vorgängen in Sowjetrußland selbst, erstanden ist. Und hinsichtlich der kirchlich-religiösen Entwicklung sollte nicht übersehen werden, daß der von Hrůza selbst zugegebene religiöse Aufbruch nicht auf den Einfluß „ausländischer Zentren“ zurückgeführt werden kann, sondern aus inner-

tschechischen religiösen Quellen gespeist wurde.

Hrůzas Analyse und Prognose übersehen ferner zwei neue Elemente in der kirchlich-religiösen Situation in der ČSSR wie sie sich seit 1968 ergeben hat: das gestiegene Ansehen der Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche in allen Schichten der Bevölkerung, auch der abständigen und nicht-christlichen und selbst bei eingeschriebenen Parteimitgliedern. Dieses wurde hervorgerufen durch die Enthüllungen so vieler Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen vor 1968 und durch die volksverbundene Haltung der Bischöfe, der Geistlichen und aller Katholiken während der „brüderlichen Umarmung“ durch die Streitkräfte der Warschauer Paktstaaten. Geför-

dert wurde dieser Prozeß durch die Entwicklung im innerkirchlichen Raum selbst, durch die Besinnung auf das Wesentliche christlichen Lebens und Glaubens und der zuversichtlichen Entschlossenheit, sich keinem äußeren Zwang mehr zu beugen. Der derzeitige Leiter des Prager Kirchensekretariates, inzwischen zum Chef des wieder eingeführten gesamtstaatlichen Kirchensekretariates avanciert, denkt in veralteten Kategorien; er ist hinter der Entwicklung im Denken und Fühlen der Tschechen zurückgeblieben. Daher setzt er, wenn auch unauffälliger als vor 1968, auf veraltete Methoden seiner einst schon geübten Unterdrückungsmaßnahmen. Hrůza erweist sich damit als ein Mann einer vergangenen Epoche; nur die Partei verbürgt ihm

seine Position und hat dem Funktionär der Novotny-Ära die alten Aufgaben übertragen.

Zwei Fragen seien zum Schluß gestellt: Was ist von Hrůzas Eingeständnis zu halten, im Jahre 1969 vor Bischöfen abgegeben, die „Deformationen“ vor 1968 innerhalb der Kirchenpolitik seien nicht von ihm ausgegangen, sondern waren ihm von übergeordneten Instanzen aufgezwungen? Das klang damals wie ein Eingeständnis der eigenen Mittäterschaft und wie eine Entschuldigung zugleich. In seinem Moskauer Beitrag schweigt sich Hrůza darüber aus. Warum? Und eine andere Frage: Warum sind Hrůzas Ausführungen bis heute in keinem einzigen tschechoslowakischen Presseorgan erschienen?

Vorgänge und Entwicklungen

Neue Materialien zur deutschen Priesterfrage

Das Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz veröffentlichte kürzlich zwei Dokumente, die weitere Informationen zu der im Februar 1971 durchgeführten Priesterumfrage bringen. (Zur Grobauswertung der Umfrage vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 383 ff.). Es handelt sich einmal um eine Inhaltsanalyse der bei den Diözesanbischöfen bzw. beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz eingegangenen *Priesterbriefe*, in denen Stellungnahmen zu der offiziellen Arbeitsunterlage der Bischofssynode 1971 über „Das priesterliche Dienstamt“ formuliert wurden. Das zweite Dokument enthält einen Bericht über die Ergebnisse der Querauszahlungen, die in profilierten Meinungsgruppen innerhalb der Gesamtzahl der Priester durchgeführt wurden. Ausgangspunkt der *Gruppendifferenzierungen* war hierbei die Beantwortung der Fragen zum Zölibat, zur Zufriedenheit mit der ausgeübten Tätigkeit sowie zur eventuellen Diskrepanz zwischen dieser Tätigkeit und der beruflichen Erwartung des Priesters. Im Vergleich der Priestergruppen, die in diesen Fragen eine negative Einstellung vertreten, mit der Gesamtgruppe lassen sich einige interessante Akzentverschiebungen beobachten.

Negative Reaktionen auf das Synodenpapier

Der Aufruf der Bischöfe an alle Priester, schriftliche Stellungnahmen zu dem offiziellen Dokument über das priesterliche Dienstamt abzugeben, fand relativ schwache Resonanz. Insgesamt gingen 1309 Briefe ein; an der Fragebogenaktion dagegen hatten sich 20057 Priester beteiligt, d. h. 76,5% aller Diözesan- und Ordenspriester in Deutschland.

Der vorgelegte Bericht mit der Inhaltsanalyse dieser Briefe kann also nicht den Anspruch auf Repräsentativität stellen. Gründe für den geringen Prozentsatz von

Äußerungen werden darin gesehen, daß die wesentlichen Probleme bereits innerhalb des Fragebogens angesprochen und beantwortet worden waren. Hinzu kommt die relativ kurze Frist, innerhalb welcher die Stellungnahmen erfolgen mußten. Erwähnenswert ist auch die allgemeine Beobachtung, daß im Rahmen einer ungesteuerten schriftlichen Befragung detailliertere Stellungnahmen nur von extremen Meinungsgruppen, nicht aber von der zahlenmäßig dominierenden mittleren Einstellungsgruppe zu erwarten sind.

Die Briefe, in denen direkt zu dem römischen Dokument Stellung genommen wird, sind überwiegend negativer Tendenz. Die in ihnen ausgeführte Kritik konzentriert sich auf folgende Punkte:

Das Dokument sei nicht auf der Höhe der heutigen theologischen Diskussion und deduziere aus einer alten Theologie, um die heutigen Probleme zu lösen. Es zeige eine pessimistische, negative Einstellung gegenüber den irdischen Wirklichkeiten. Es zitiere die Heilige Schrift einseitig und sehe ebenso einseitig den Zusammenhang des Amtspriestertums mit dem Priestertum Christi. Die Stellung des Priesters in der Gemeinde werde übersehen oder nur oberflächlich dargestellt. Am deutlichsten aber zeige sich die Einseitigkeit des Dokumentes in der Behandlung des Zölibats.

Thema Nr. 1 der Priesterzuschriften ist die Diskussion über den *Pflichtzölibat*. Laut Argumentation der Priester lasse sich der Pflichtzölibat nicht schriftgemäß begründen. Auf Grund seiner historischen Entstehung ergebe sich vielmehr die Notwendigkeit seiner Überprüfung angesichts einer veränderten geschichtlichen Situation. Wörtlich heißt es in einem der Briefe: „Der gesetzliche Zölibat ist heute weder ein Zeichen des Glaubens noch ein Zeichen der kommenden Welt, noch ein Zeichen größerer Freiheit, noch ein Zeichen größerer Hingabe.“ Vielmehr sei er eine Art